

FREIBERUFLER-TICKER vom 1. September 2023

1. Am 6. September 2023: „Sommer der Berufsausbildung“ – Einladung zur gemeinsamen BFB-BMBF-Veranstaltung

Als Partner der Allianz für Aus- und Weiterbildung beteiligt sich der BFB zum dritten Mal in Folge am „Sommer der Berufsausbildung“. Dies ist auch aufgrund des immer größer werdenden Fachkräftemangels im drittgrößten Ausbildungsbereich (Freie Berufe) sehr wichtig. In diesem Jahr werden im Rahmen einer gemeinsamen Veranstaltung mit Dr. Jens Brandenburg MdB, Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung, am 6. September 2023 ab 10:00 Uhr die Perspektiven und Chancen der dualen Ausbildung bei den Freien Berufen näher erläutert. Auf dem Panel sind unter anderem Dr. med. Ellen Lundershausen, Vizepräsidentin der Bundesärztekammer, und Arne Fischer, Vizepräsident der Steuerberaterkammer Berlin, vertreten. Es sind noch Plätze frei, unter diesem [Link](#) ist die Anmeldung möglich.

2. Anhörung zum Mutterschutz für Selbstständige

Eine öffentliche Anhörung zum Thema „Schwanger- und Mutterschaft für Gründerinnen und Selbstständige erleichtern“ hat der Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Familienausschuss) des Deutschen Bundestages angesetzt. Acht Sachverständige von Spitzenverbänden für Selbstständige sollen angehört werden. Die Anhörung wird am 18. September 2023 von 14:00 bis 15:45 Uhr im Paul-Löbe-Haus (Eingang West, Konrad-Adenauer-Straße 1, 10557 Berlin, Saal E 200) stattfinden und per Videokonferenztechnik WebEx in Echtzeit im Internet und im Parlamentsfernsehen übertragen (oder nachträglich zu streamen sein). Bis zum 11. September 2023 ist eine Anmeldung per E-Mail an familienausschuss@bundestag.de möglich.

3. INSM-Bildungsmonitor: Dramatische Verschlechterung des Bildungsniveaus in Deutschland

Der am 30. August 2023 vorgestellte 20. [Bildungsmonitor](#) der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), erstellt durch das Institut der deutschen Wirtschaft (IW), zeigt eine dramatische Verschlechterung des Bildungsniveaus in Deutschland auf. Negative Entwicklungen sind vor allem in den Bereichen Schulqualität, Integration und Bildungsarmut zu beobachten. Im Ländervergleich bleiben Sachsen, Bayern und Thüringen die Spitzenreiter. Trotzdem ist laut der Studie das Niveau in Sachsen und Thüringen gesunken und in Bayern nur minimal gestiegen. Brandenburg, Berlin und Bremen belegen die letzten Plätze. Der deutlichste Rückfall ist bei Baden-Württemberg zu verzeichnen, das gegenüber 2013 9,6 Punkte verloren hat. IW-Studienautor Prof. Dr. Axel Plünnecke stellt fest, dass ein Ausbau der frühkindlichen Bildung, mehr Schulautonomie, jährliche Vergleichsarbeiten in allen Klassenstufen und gezielte Förderung sowie bessere Verwaltungsstrukturen benötigt werden, um die negative Entwicklung abzubremsen. Thorsten Alsleben, Geschäftsführer der INSM, forderte deshalb eine „Zeitenwende in der Bildungspolitik“.

4. Große Mehrheit der Jugendlichen sieht gute Chancen auf dem Ausbildungsmarkt

Aus einer [Pressemitteilung](#) der Bertelsmann Stiftung vom 30. August 2023 geht hervor, dass sich die Stimmung auf dem Ausbildungsmarkt verbessert hat. Nach den Unsicherheiten infolge der Coronapandemie blickten nun fast drei Viertel (72 Prozent) der jungen Menschen optimistisch auf die Ausbildungssituation. Das gilt aber nicht für alle, viele Jugendliche mit niedriger Schulbildung schätzen ihre Aussichten auf eine Ausbildung als schlecht ein. Von den jungen

Menschen mit niedriger Schulbildung äußern mehr als 26 Prozent den Eindruck, dass die Aussichten auf eine Ausbildung momentan schlecht oder eher schlecht seien. Was die Verfügbarkeit von Ausbildungsplätzen betrifft, so fallen die Einschätzungen pessimistischer aus: Nur etwas mehr als die Hälfte der Befragten hält ihre Zahl für ausreichend. Trotz zahlreicher unbesetzter Ausbildungsplätze findet mehr als ein Viertel, dass zu wenig Plätze vorhanden sind. Nur jede, jeder Zehnte schätzt, dass es zu viele Ausbildungsplätze gibt. Nach wie vor beklagen mit 55 Prozent mehr als die Hälfte aller befragten Jugendlichen, dass es ihnen schwerfalle, sich in der Fülle der Informationen zurechtzufinden. Insgesamt äußern viele junge Menschen den Bedarf nach mehr Hilfestellung bei der Planung ihrer beruflichen Zukunft: Fast jede, jeder Dritte derjenigen, die bereits Erfahrungen mit der Suche nach einem Ausbildungsplatz gemacht haben, wünscht sich mehr Unterstützung, weitere 42 Prozent zumindest teilweise.

5. Anzahl der ausländischen Anerkennungen 2022 gestiegen

Laut einer [Pressemitteilung](#) des Statistischen Bundesamtes vom 30. August 2023 stieg die Anzahl der ausländischen Anerkennungen in Deutschland im Vergleich zum Vorjahr um elf Prozent an. Seit 2016 hat sich die Zahl positiv beschiedener Verfahren somit fast verdoppelt: Damals waren lediglich 26.200 im Ausland erworbene berufliche Abschlüsse als vollständig oder eingeschränkt gleichwertig zu einer in Deutschland erworbenen Qualifikation anerkannt worden. Auch die Zahl der Neuanträge auf Anerkennung eines ausländischen Berufsabschlusses stieg 2022 im Vorjahresvergleich deutlich, und zwar um 13 Prozent auf 49.500. Damit war die Zuwachsrate ähnlich hoch wie in den Jahren vor der Coronapandemie (2017 bis 2019 im Durchschnitt plus zehn Prozent). Wie in den Vorjahren waren auch 2022 rund zwei Drittel (35.400) aller anerkannten Berufsabschlüsse im Bereich der medizinischen Gesundheitsberufe zu verzeichnen. Das entspricht im Vergleich zum Vorjahr einem Plus von 13 Prozent. Die Rangfolge der am häufigsten anerkannten Berufe hat sich im Jahr 2022 gegenüber dem Vorjahr kaum verändert: Sie wird weiterhin angeführt vom Beruf Gesundheits- und Krankenpfleger/-in mit 18.500 Anerkennungen (2021: 16.000), gefolgt von den Berufen Arzt/Ärztin mit 8.600 (2021: 8.200) und Ingenieur/-in mit 2.300 (2021: 2.200) Anerkennungen. Nach einzelnen Staaten betrachtet wurden Anträge aus Bosnien und Herzegowina (4.500), den Philippinen (4.000) und der Türkei (3.800) am häufigsten positiv beschieden. Insgesamt bearbeiteten die für die Anerkennung zuständigen Stellen 2022 rund 65.900 Anerkennungsverfahren.

6. Leichter Rückgang der Arbeitszeit von Vollzeitbeschäftigten

Das Statistische Bundesamt meldete in einer [Pressemitteilung](#) vom 28. August 2023, dass die durchschnittliche Arbeitszeit der in Vollzeit abhängig Beschäftigten von 40,6 geleisteten Arbeitsstunden 2010 auf 40,0 Arbeitsstunden 2022 zurückgegangen ist. Dagegen wird bei der Arbeitszeit der abhängig Teilzeitbeschäftigten eine Zunahme verzeichnet – von 18,4 auf 21,2 Stunden pro Woche für denselben Zeitraum. Somit blieb die im Schnitt geleistete Wochenarbeitszeit aller abhängig Beschäftigten wenig verändert. Sie ging von 34,7 Stunden 2010 auf 34,3 Stunden 2022 zurück. Neben ihrer Arbeitszeit steigt auch der Anteil von Teilzeitbeschäftigten an allen Beschäftigten seit 2010 kontinuierlich an. Dies ist darauf zurückzuführen, dass über die Jahre die Zahl der Teilzeitbeschäftigten mit plus 28 Prozent deutlich stärker als die von Vollzeitbeschäftigten (plus 7 Prozent) stieg. Die seit 2012 wachsende Zahl an abhängig Beschäftigten bei gleichzeitig steigender Teilzeitquote könnte ein Zeichen dafür sein, dass in der Summe betrachtet Vollzeitstellen durch Teilzeitbeschäftigung ersetzt werden.

7. Staatsdefizit auf 42,1 Milliarden Euro gestiegen

Das Statistische Bundesamt meldete Ende vergangener Woche in einer [Pressemitteilung](#), dass das Finanzierungsdefizit des Staates im 1. Halbjahr 2023 bei 42,1 Milliarden Euro liegt. Somit ist verglichen mit dem 1. Halbjahr 2022 eine Steigerung um 37,6 Milliarden Euro und eine Defizitquote von 2,1 Prozent zu verzeichnen. Das Finanzierungsdefizit ist auf einen starken Anstieg der Ausgaben (um 7,7 Prozent) und einen gleichzeitigen geringen Anstieg der Einnahmen (um 3,5 Prozent) zurückzuführen. Die Entwicklung ist mit den staatlichen Ausgaben vor allem im Zusammenhang mit den Entlastungspaketen der Bundesregierung als Reaktion auf die starke Inflation und die hohen Energiepreise zu erklären. Allein die Subventionen stiegen um 45,7 Prozent. Somit hat der Bund mit 39,2 Milliarden Euro den größten Anteil am gesamtstaatlichen Finanzierungsdefizit verursacht, gefolgt von den Gemeinden (6,8 Milliarden) und den Ländern (3,1 Milliarden).

8. Bürgergeld-Reform

Wie Hubertus Heil MdB (SPD), Bundesminister für Arbeit und Soziales, am 29. August 2023 in Berlin [mitteilte](#), sollen Bezieherinnen und Bezieher von Bürgergeld im kommenden Jahr spürbar höhere Leistungen erhalten. Der Satz für Alleinstehende steigt zum 1. Januar 2024 von 502 auf 563 Euro im Monat. Dies sei darauf zurückzuführen, dass die Sätze schneller als bisher an die Inflation angepasst würden. Jugendliche von 14 bis 17 Jahren bekommen 51 Euro mehr, Kinder zwischen sechs und 13 Jahren 42 Euro mehr und für Kleinkinder gibt es 39 Euro im Monat mehr. Derzeit beziehen 5,5 Millionen Bedürftige Bürgergeld, darunter 1,68 Millionen Arbeitslose. Das Bürgergeld hat Anfang des Jahres die Grundsicherung Hartz IV abgelöst.

9. Eröffnungsveranstaltung der Anlaufstelle des Hauses der Selbstständigen in Berlin

Zur Eröffnungsveranstaltung ihrer Anlaufstelle am 16. September von 10:30 bis 13:00 Uhr in Berlin lädt das Haus der Selbstständigen insbesondere Solo-Selbstständige ein, um mit ihnen und den Interessenvertretungen auch über bessere Arbeits- und Lebensbedingungen in ihren Branchen zu diskutieren und Austausch und Vernetzung zu ermöglichen. Anmeldefrist ist der 2. September 2023, eine Anmeldung ist [hier](#) möglich.

10. Jobportal bietet kostenfreie Möglichkeit der Jobvermittlung

Das Jobportal www.freieberufe-jobportal.de des BFB, das im Mai 2022 insbesondere für ukrainische Geflüchtete lanciert wurde, ist im Juni 2023 in Kooperation mit dem Bundesverband Deutscher Unternehmensberatungen (BDU) zu einem allgemeinen Jobportal für die Freien Berufe erweitert worden. Nun bietet es, speziell und exklusiv als Jobportal für die Freien Berufe, Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern die Möglichkeit, dort kostenfrei, schnell und direkt offene Stellen, darunter Vollzeit- und Teilzeitjobs sowie Ausbildungs- und Praktikumsplätze, zu inserieren. Im Hinblick auf den Fachkräftemangel in den Freien Berufen setzen BFB und BDU in ihrer Kooperation gezielt einen strategischen Schritt, um bestmögliche Ergebnisse und Bedingungen in den Freien Berufen zu schaffen. Weiterhin soll mit dem Jobportal mit Blick auf das Gemeinwohl die Verbindung zwischen Arbeitssuchenden und Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern bei den Freien Berufen gefördert werden. Stellenanzeigen können [hier](#) unkompliziert und gratis aufgegeben werden.